

Starke Partner auch in Zukunft –

15 Forderungen für
handwerksfreundliche
Städte und Gemeinden



KOMMUNALWAHLEN 2024



VORWORT

Das Handwerk findet wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig kommunal statt. Die Handwerker leben, arbeiten und sind unterwegs auf dem Land und in der Stadt, dort ist ihre Heimat.

Deshalb setzen wir uns auch in Zukunft für eine starke Partnerschaft von Handwerk und Kommunen ein! Nur wenn ein Ort attraktiv ist für Unternehmen und deren Mitarbeiter, dann ist er zukunftsfähig. Wo sich keine leistungsfähigen Schulen und ertüchtigten Straßen finden, wo es nur schlechten Handyempfang oder überteuerte Wohnungen gibt, da siedelt sich kein neuer Betrieb an, da wollen oder können Fachkräfte nicht leben.

Mit **15 Forderungen zur Kommunalwahl** in diesem Jahr legen wir dar, wie sich die Städte und Gemeinden aufstellen sollten – damit ihnen das Handwerk auch in Zukunft erhalten bleibt.

Rainer Reichhold
Landeshandwerkspräsident

Peter Haas
Hauptgeschäftsführer

1. FLÄCHEN FÜR GEWERBE UND WOHNUNGEN AUSWEISEN

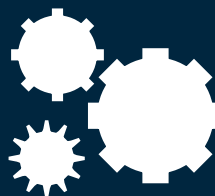
- Kommunen müssen geeignete Flächen für den Wohnungsbau ausweisen. Dieser ist ein Mittel gegen den Fachkräftemangel. Fachkräfte werden sich nicht in einer Kommune niederlassen, in der keine bezahlbaren Wohnungen vorhanden sind. Daher dürfen preiswerte Wohnungen nicht vergessen werden.
- Handwerksbetriebe, die der Nahversorgung dienen, müssen sich im Sinne einer „Kommune der kurzen Wege“ in der Nähe der Kunden – auch innerhalb des Orts – ansiedeln können. Auch in Gewerbegebieten ist auf eine sinnvolle Flächenmischung aus Groß und Klein zu achten.

2. MOBILITÄTSPOLITIK WIRTSCHAFTS-FREUNDLICH GESTALTEN

- In Zeiten stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung, umfassender Kostensteigerungen für Treibstoffe, Energie und Personal sowie erheblichen Mehrbelastungen durch die Erhöhung der Bundesmaut, ist die Einführung einer Landesmaut inakzeptabel.
- Die Kommunen müssen unbürokratische Regelungen für das Befahren von Parkverbots- oder Anwohnerzonen mit Handwerksparkausweisen und kundenfreundliches Kurzzeitparken (sog. Brötchentaste) schaffen.
- Um die Elektromobilität zu stärken, müssen der Ausbau der Ladeinfrastruktur sowie die Erneuerung des kommunalen Fuhrparks beschleunigt werden.

3. FÜR SCHNELLES INTERNET UND GUTEN EMPFANG EINSETZEN

- Kommunen müssen sich im Breitbandausbau selbst engagieren. Schnelles Internet und gute Netzabdeckung werden nicht nur zu Standortvorteilen, sondern stellen betriebswirtschaftliche Grundlagen dar.
- Kommunen können ihren Teil für ein flächendeckendes mobiles Netz beitragen, indem sie auf kommunalem Eigentum Mobilfunkinfrastruktur zulassen und rechtliche Beschränkungen nicht strenger auslegen als nötig.



4. ENERGIEWENDE GEMEINSAM MIT DEM HANDWERK UMSETZEN

- Kommunen müssen ihre Vorbildfunktion bei der energetischen Gebäudesanierung wahrnehmen. Die Option Contracting mit dem Handwerk sollte bei knappen Kassen berücksichtigt werden.
- Der Netzausbau muss parallel zum Ausbau erneuerbarer Energien als Basis einer dezentralen Energieversorgung beschleunigt werden. Die Kommunen brauchen ein bedarfsgerechtes Management zwischen Verbrauchsstelle und Erzeugungsquelle einschließlich geeigneter Speichertechnologien.
- Die Verstärkung der Netze und die Beschleunigung des Netzausbaus müssen höchste Priorität haben. Gleichzeitig müssen der bürokratische Aufwand reduziert und das Netzanschlussverfahren vereinfacht werden.

5. KOMMUNALE WÄRMEPLANUNG: NACHHALTIG, FAIR UND PARTIZIPATIV

- Die Gestaltung eines freien, technologieoffenen Wärmemarktes auf Basis marktwirtschaftlicher Strukturen ist ein zentrales Anliegen des Handwerks. Einen Anschluss- und Benutzerzwang lehnen wir ab, da dadurch Monopolstrukturen bei der Energieversorgung aufgebaut werden.
- Neben der Planung von Wärmenetzen dürfen Nahwärmelösungen nicht vernachlässigt werden. Daher ist es entscheidend, dass die regionalen Handwerksorganisationen von den Kommunen bei deren Wärmeplanung zwingend von Beginn an beratend hinzugezogen werden.

6. BÜROKRATIE ABBAUEN

- Formulare und Bescheide müssen verständlich formuliert werden. Nicht-Juristen haben oftmals Schwierigkeiten, diese zu verstehen und korrekt Auskunft zu geben. Lässt sich im Einzelfall ein komplexer Rechtstext nicht vermeiden, muss zumindest ein allgemeinverständliches Merkblatt beigelegt werden.
- Pragmatismus und Kundenorientierung in der Verwaltung müssen an oberster Stelle stehen: Gute Erreichbarkeit sowie kurze Bearbeitungs- und Genehmigungszeiten zeichnen eine gute Kommunalverwaltung aus.
- Die Digitalisierung der Verwaltungen muss forciert werden. Was digital angeboten werden kann, muss auch digital angeboten werden. Wichtig ist zudem, Prozesse von vornherein digital abzubilden und umzusetzen.



7. MAß HALTEN BEI ABGABENPOLITIK

- Die Kommunen sind aufgerufen, die Aufkommensneutralität bei der neuen Grundsteuer zu gewährleisten. Dazu müssen auch Hebesätze gesenkt werden. Mit der Festlegung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer setzen Kommunen den Rahmen für die Attraktivität eines Gewerbestandorts. Sie sollten diesen deshalb nicht zu hoch ansetzen.

8. KINDERBETREUUNG AUSBAUEN

- Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung gilt! Die Kommunen müssen ihn durch genügend Betreuungsplätze und qualifizierte Betreuer sicherstellen. Das hat Vorrang vor einer generellen Gebührenfreiheit. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen müssen sich zudem an den Arbeitszeiten der Eltern und den Bedarfen des regionalen Arbeitsmarktes orientieren.
- Die Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen muss auch berufliche Neu- und Wiedereinsteiger berücksichtigen. Nur mit einer zuverlässigen Kinderbetreuung und mit Planungssicherheit ist eine gezielte Arbeitssuche möglich.
- Ab 2026 besteht der Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Beim Ausbau der Ganztagesgrundschulen muss auf die Qualität der Angebote geachtet werden. Zudem sollten außerschulische Kooperationspartner mit einbezogen werden.

9. SCHULEN MODERNISIEREN, BERUFSORIENTIERUNG STÄRKEN

- Schulen und Bildungseinrichtungen sind mit einer leistungsfähigen, digitalen Infrastruktur auszustatten.
- Die Sanierung und Modernisierung von Bildungseinrichtungen ist sicherzustellen. Dabei ist auch das Recht auf Inklusion hinreichend zu berücksichtigen.
- Das regionale Übergangsmanagement (RÜM) muss gestärkt werden, um den Übergang von der Schule in den Beruf für alle erfolgreich zu gestalten. Im Handwerk gibt es inzwischen jedes Jahr unbesetzte Ausbildungsstellen.



10. BERUFSSCHULEN UND BERUFSSCHÜLER ZUSAMMENBRINGEN

- Wo immer möglich, müssen Berufsschulklassen wohnort- und betriebsnah erhalten bleiben. Die Entscheidung des Erhalts der Klasse darf nicht nur aufgrund der Klassengröße gefällt werden. Kriterien wie beispielsweise die Entfernung zur nächsten Berufsschule, der regionale Fachkräftebedarf oder das Alter der Auszubildenden müssen ebenfalls berücksichtigt werden.
- Für viele Azubis ist fehlender oder teurer Wohnraum ein Grund, eine Ausbildungsstelle nicht anzutreten. Die Kommunen müssen bei der Schaffung günstigen Wohnraums für Auszubildende mitwirken, um den Fachkräftemangel zu mildern.

11. RAHMENBEDINGUNGEN ZUR GEZIELTEN FACHKRÄFTEEINWANDERUNG GESTALTEN

- Um die Einwanderung von Fachkräften zu ermöglichen, müssen die Ausländerbehörden zu kompetenten, serviceorientierten Anlaufstellen im Sinne von „Welcome-Centern“ ausgestaltet werden – Willkommenskultur statt Verwaltungskultur. Dazu gehört auch eine gute personelle Ausstattung der Behörden.
- Integration vor Ort unterstützen, Berufsschulstandorte erhalten sowie kostengünstigen Wohnraum schaffen und bereitstellen – insbesondere für Auszubildende.

12. VERGABE MITTELSTANDSFREUNDLICH GESTALTEN

- Die jeweils aktuellen Wertgrenzen für Vergaben müssen ausgeschöpft werden.
- Ausschreibungen müssen mittelstandsgerecht und konsequent in Fach- und Teillosen erfolgen. Diese sichert eine angemessene Beteiligung kleiner und mittlerer regionaler Betriebe. Ausschreibungen dürfen nur im Notfall aufgehoben werden, dies schont Ressourcen auf beiden Seiten.
- Zuschläge dürfen sich nicht nur nach dem billigsten Preis richten. Dieser ist nicht automatisch auch der wirtschaftlichste. Kriterien wie Qualität, Lebensdauer, Zweckmäßigkeit, Betreuung vor Ort und Nachhaltigkeit können einen höheren Auftragswert auf Dauer rechtfertigen. Gleichzeitig ist es unerlässlich, dass Kommunen Preise vorab realistisch und nicht zu niedrig ansetzen.



13. INNOVATIONSPOLITIK AUCH KOMMUNAL BETREIBEN

- Der Aufbau von Startup- und Handwerksparks trägt maßgeblich zur Entwicklung einer gründungsfreundlichen und wirtschaftsfördernden Innovationskultur in den Kommunen bei.
- Kommunen müssen gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgern digitale Dienste und innovative Lösungen entwickeln. Dazu braucht es Innovationsnetzwerke und entsprechende Experimentier- und Erfahrungsräume.
- Kommunale Wirtschaftsförderung muss im Zeichen des digitalen Wandels Aufgabenspektrum, Qualifikationen, Arbeitsorganisation und Kommunikationsinfrastrukturen weiterentwickeln und KMU-spezifisch ausgestalten.

14. SCHWARZARBEIT BEKÄMPFEN

- Schwarzarbeit und unberechtigte Handwerksausübung sind kein Kavaliersdelikt. Die mit der Verfolgung befassten Behörden sind mit den notwendigen Personalressourcen auszustatten. Die abschreckende Wirkung kann nur dann eintreten, wenn der vorhandene Bußgeldrahmen tatsächlich ausgeschöpft wird.

15. WIRTSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG VON KOMMUNEN BEGRENZEN

- Die Kommunen müssen sich strikt an die Regelung des § 102 der Gemeindeordnung halten. Sie dürfen sich außerhalb der kommunalen Daseinsvorsorge nicht wirtschaftlich betätigen, wenn der Zweck ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Anbieter erfüllt werden kann.



KONTAKT

HANDWERK BW **Baden-Württembergischer Handwerkstag e.V.**

Dr. Sebastian Egelhof
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart

Tel.: 0711 263709-106
egelhof@handwerk-bw.de

www.handwerk-bw.de

